

*Office copy*

*Lang. Dept*



**10 jahre**

**deutsch-englische gesellschaft**

db

## E H R E N P R Ä S I D E N T E N

Karl Arnold †	Dr. Rudolf Pechel
Dr. Heinrich von Brentano	Ludwig Rosenberg
Professor Dr. Gerhard Domagk	Dr. Hermann Schäfer
Willi Eichler	Theodor Steltzer
Ernst Friedlaender	Dr.h.c. Christine Teusch
Otto A. Friedrich	Henry J. Walker
Dr. Marie-Elisabeth Lüders	Professor Dr. Ernst Wolff †

## V O R S T A N D

Erster Vorsitzender: Professor Dr. Emil Lehnartz, Universität Münster

Geschäftsführende Vorsitzende: Lilo Milchsack, Düsseldorf-Wittlaer

Schatzmeister: Niels von Bülow, Düsseldorf

## B E I R A T

Dr. Luise Bardenhewer, Düsseldorf	Hanna Maier-Hultschin, Düsseldorf
Dr. Wilhelm Beutler, Köln	Dr. Walter Niemann, Essen
Professor Dr. Konrad Duden, Mannheim	Professor Dr. Hans Reif, Berlin
Hilde von der Gablentz, Berlin	Professor Katharina Petersen, Hannover
Professor Dr. Wilhelm Haas, Düsseldorf	Dr. Günther Rönnebeck, Hannover
Will Könemann, Essen	Dr. W. Wolfgang Schütz, Bonn
Else König, Essen	Dr. Barbara Schütz, Bonn
Dr. Paul Krebs, Frankfurt/M.	Johannes Schwabe, Bielefeld
Dr. Heinz Küppers, Düsseldorf	Dr. Dietrich Stein, Düsseldorf
Dr. Otto Kurz, Stuttgart	Helga Weissner, Kiel
Dr. Harald Mandt, Hamburg	Hans-Detlof von Winterfeldt, Frankfurt/M.
Professor Dr. Edgar Mertner, Münster i.W.	

10 Jahre

Deutsch-Englische Gesellschaft

10 Jahre Königswinter

## DAS GEMEINSAME ERBE

*Die Demokratie lebt davon, daß außer den Professionellen der Politik Journalisten, Parlamentarier und Erzieher freiwillig ihren Beitrag zur Schaffung gegenseitiger Verständigung leisten, auf deren Grundlage eine vernünftige Regierungspolitik erst möglich wird.*

Obwohl es mir nicht möglich ist, an den Gesprächen in Königswinter teilzunehmen, habe ich stets die Arbeit der Deutsch-Englischen Gesellschaft verfolgt. Ich habe mir von britischen Gästen sagen lassen, daß die offene und vertrauensvolle Atmosphäre dieser Gespräche sehr geschätzt wird in dem Bewußtsein, daß von ihr die Schaffung menschlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern abhängt.

Die Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes ist sehr wichtig, aber sie war nie der einzige Inhalt der deutschen Politik. Ich glaube, es ist gelungen, die schmerzliche Vergangenheit in ihren Auswirkungen auch auf das deutsch-britische Verhältnis zu überwinden.

Das deutsch-britische Verhältnis ist in der Geschichte anders gewesen. Die Erinnerung an Waterloo, die der Lord Mayor von London bei meinem Besuch dort in seiner Tischrede wachrief, hat mich bewegt. Wenn ich über unser Verhältnis zu England spreche, denke ich natürlich an meinen Besuch im Herbst 1958 in London als Gast Ihrer Majestät. Man wird sich daran erinnern, daß ich die zum Teil dumme und unwahre Darstellung dieses Besuches in der deutschen Presse richtiggestellt habe. Ich hatte das Gefühl, daß die freundliche Einladung und Aufnahme allen denen nützten, die wußten, daß die alte deutsch-englische Freundschaft wiederhergestellt werden muß. Diese Freundschaft wurde unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung des gemeinsamen Erbes erneuert. Lange litt das deutsch-britische Verhältnis unter der unseligen Behauptung, daß die Stärke der deutschen Industrie und der britische Neid die Beziehungen belasteten. Ich halte das für falsch. Deutschland und England haben beide zu geben und zu nehmen, und die Welt ist für beide groß genug, um die Existenz ihrer Völker zu sichern.

Beide Völker haben eine Tragödie erlebt, weil es bei dem Friedensschluß nach dem ersten Weltkrieg an Geschick gefehlt hat. Dafür mußte ein hoher Preis bezahlt werden, aber die Völker haben daraus auch gelernt. Deutschland befindet sich immer noch in jenem Entwicklungsprozeß zur Nüchternheit, der gerade bei der Jugend positive Ergebnisse zeigt. Das große Talent der Deutschen, die Romantik, teilt auch England in gewissem Maße, und viele wissen nicht, daß die europäische Romantik in England ihren Ursprung hat. Romantische Politik ist jedoch verhängnisvoll, denn sie befaßt sich nur mit dem Prestige und der Fassade, nicht mit dem Wesen einer Nation.

Deutschland hat viel von England gelernt, — vor allem von seiner seltsamen historischen Situation, die die Entwicklung des politischen Lebens, des Parlamentarismus, des House of Commons und House of Lords schon kannte, bevor es die eigentliche Demokratie gab. Die Reform Bill von 1832 war das große Vorbild der europäischen Liberalen, der Kampf um sie wurde zu einem politischen Erziehungsfaktor.

Ich möchte damit nur kurz auf das wechselseitige Geben und Nehmen hinweisen, aus dem nicht nur die beiden betroffenen Völker, sondern auch die übrige Welt ihren Nutzen gezogen hat.

Wenn ich auch nicht zu den eigentlichen Themen der Konferenz von Königswinter sprechen kann (denn ich weiß ja nicht, wo die Diskussion gerade angelangt ist), so möchte ich doch meiner Freude Ausdruck geben, daß diese Gespräche eine Art Institution geworden sind. Die Demokratie lebt ja davon, daß außer den Professionellen der Politik Journalisten, Parlamentarier und Erzieher freiwillig ihren Beitrag zur Schaffung gegenseitiger Verständigung leisten, auf deren Grundlage eine vernünftige Regierungspolitik erst möglich wird.

(Ansprache des Bundespräsidenten bei dem Empfang für die Teilnehmer des 10. Deutsch-Englischen Gespräches in Königswinter. Gehalten in Bad Godesberg am 14. März 1959)

## 10 JAHRE KÖNIGSWINTER

Ein sehr kluger Franzose hat wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gesagt, eine echte Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen sei nur möglich, wenn beide Völker in gemeinsamen Institutionen zu gemeinsamer Arbeit zusammengeführt würden. Der „Übernationalismus“ müßte also gleichsam organisiert werden, um zu einem Verständnis zwischen den Nationen, zu einem Verständnis inter nationes, zu führen. Das war richtig gesehen. Denn das Verständnis zwischen den beiden Nachbarn am Rhein war durch die Bürgerkriege eines Jahrtausends eigentlich von Grund auf vergiftet. Sentimentalitäten in flüchtigen Begegnungen und gegenseitigen wortreichen Versicherungen konnten hier nichts mehr helfen; wohl aber die organisierte Zusammenarbeit in der Montanunion, in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in Euratom, in der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft, im Europarat. Gemeinsame Abwehrstellungen gegenüber dem Bolschewismus haben vorhandene Hemmungen zwischen beiden Völkern überwinden helfen, wenngleich sie nicht derart betont werden dürfen, daß aus ihrer psychologischen Wurzel eines Tages eine eigene negative Ideologie — nämlich die des Anti-Bolschewismus — sprießt. Denn solch ein Negativum könnte lähmend auf die lebendig gewordene Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich zurückwirken.

Ganz anders nun stehen die Verhältnisse zwischen dem deutschen Volk und den Bewohnern der britischen Inseln. Historisch ist dieses Verhältnis eigentlich niemals durch ernsthafte Auseinandersetzungen belastet gewesen — ausgenommen die Zeitspanne von 1885 bis 1945. Da stand auf der deutschen Seite das unselige Ressentiment, Großbritannien wolle das deutsche Volk im Welthandel nicht hochkommen lassen, weil es um seinen eigenen Welthandel bange. Da stand auf der britischen Seite das Gespenst des den Kontinent beherrschenden deutschen Nationalismus, das schließlich in Hitlers Diktatur über Deutschland furchtbare Gestalt annahm. Was durch die politische Torheit der deutschen Flottenpolitik in der Ära des letzten deutschen Kaisers in Großbritannien an Befürchtungen ausgelöst worden war — jetzt plötzlich wurde es Wirklichkeit. Wer wagte zu behaupten, daß diese Gespenster in englischen Augen heute bereits vertrieben seien? Es bleiben also auch hier noch Hypotheken abzutragen, um einer Freundschaft, oder doch wenigstens einer Nachbarschaft ohne Sentimentalitäten und Rivalitäten, den Weg zu bahnen.

### Zu Düsseldorf 1949

Bei dieser Arbeit stehen nun keine Institutionen zur Verfügung. Das großartige Gebäude des British Commonwealth of Nations läßt — anders als in der Begegnung zwischen Deutschland und Frankreich — eine solche Institutionalisierung des deutsch-britischen Verhältnisses nicht oder nur sehr bedingt zu. Die Mitgliedschaft Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland im Europarat von Straßburg hat die beiden Nationen dort seit 1950 in Gesprächen zusammengeführt. Mehr als den Charakter eines Gedankenaustausches, wie er dort geboten und wahrgenommen wird, birgt die beiderseitige Mitgliedschaft in der Atlantischen Gemeinschaft. Hier konkretisieren sich die Sorgen um die gemeinsame Zukunft gegenüber dem östlichen Geschehen in der kommunistischen Welt in harter militärischer Zusammenarbeit oder in solidem Tauziehen. Aber die Engländer wissen so gut wie die Deutschen, daß Freundschaften nicht durch militärische Bündnisse, sondern nur durch geistiges, politisches und wirtschaftliches Verstehen begründet werden können. Erst auf solcher Basis gewinnen militärische Abmachungen, die ja ihrem Charakter nach wandelbar erscheinen — die Geschichte wenigstens lehrt dies —, echte Fundamente. Wer die Mentalität der Bewohner der britischen Inseln kennt, weiß auch, daß dort auf Fundamenten dieser Art nur ungerne Institutionen aufgebaut werden. Die Geschichte des Commonwealth liefert die schlagendsten Beweise dafür, daß der Engländer dazu neigt, solche ungreifbaren Dinge der jeweils im Augenblick notwendig gewordenen Improvisation zu überlassen. Es entsprach

also durchaus der englischen Mentalität, als sich im Herbst 1949 zehn Menschen in der Landeshauptstadt von Nordrhein-Westfalen, in Düsseldorf, zusammentaten, um in einem Clubhaus in der Goltsteinstraße ohne jeden amtlichen Auftrag eine „Deutsch-Englische Gesellschaft“ zu gründen. Es waren zehn Menschen, die im öffentlichen Leben der Bundesrepublik tätig waren. Aber keiner von ihnen war Politiker.

Zehn Jahre nach diesem damals wahrscheinlich völlig bedeutungslosen Ereignis darf man behaupten, daß mit dieser Gründung eine neue Basis für das deutsch-britische Verstehen geschaffen worden ist. Ein privates Unternehmen wurde — eine Seltenheit in der deutschen Geschichte — im Verlauf von zehn Jahren im wahrsten Sinne ein Politikum. Denn der Politik der Bundesregierung sind durch die Begegnungen von Politikern, Parlamentariern, Publizisten und Menschen des öffentlichen Lebens beider Länder große Möglichkeiten zugewachsen. Hier können tatsächlich durch private Fühlungnahme politische Initiativen entfaltet, Stimmungen erkundet und Mißverständnisse ausgeräumt werden — also eine Chance, wie sie keine Diplomatie besser inszenieren könnte. Dabei bleibt es gleichgültig, ob und wie diese Chancen genutzt werden. Schon allein, daß die großen Publizisten beider Länder aus den Diskussionen dieser „Konferenzen“ das Resumé ziehen, daß sie es einbauen in die großen Zusammenhänge der Gegenwart und auf diese Weise gleichsam das politische Barometer beobachten, — schon dies gehört zum großen, sich regelmäßig wiederholenden Gewinn von Königswinter.

### **Begegnung der Sozialarbeiter**

Begonnen freilich hat dies alles in einem sehr viel kleineren Rahmen. Dennoch schrieb eine der großen englischen Zeitungen von einem „kühnen Experiment“, als sie über die erste Tagung von Königswinter im Frühjahr 1950 berichtete. Es war eine Zusammenkunft englischer und deutscher Sozialarbeiter. Die Zeitung hatte recht; denn

- Hier wurde das heißeste Eisen angefaßt, das der Krieg als Erbschaft zwischen Deutschland und Großbritannien hinterlassen hatte.
- Hier wurde über ein Gebiet gesprochen, das nach den Erfahrungen des sogenannten wilhelminischen Zeitalters in der Gedankenwelt der Engländer als das deutsche Rüstungszentrum lebte und lebt — das Ruhrgebiet.
- Hier wurden die Trümmer und Ruinen offenbar, die der Krieg zwischen beiden Völkern aufgehäuft hatte.

Es war zwei Jahre nach der Währungsreform, zwei Jahre nach den Investitionen, die der Marshall-Plan ermöglichte, die sich aber nach außen noch nicht offenbaren konnten. Es war ein Jahr, nachdem der Nordatlantikpakt als Antwort auf die eben erst beendete Berliner Blockade Gestalt gewann. Es war ein Jahr, nachdem das Grundgesetz der Bundesrepublik und damit die Bundesrepublik selbst als ein deutscher Teilstaat — als der Nachfolger der drei westlichen Besatzungszonen — Gestalt gewonnen hatte.

Die Themen dieses ersten Treffens führten von Königswinter am Rhein nach Oberhausen, Essen und Dortmund in das Ruhrgebiet.

Die soziale Struktur des Ruhrgebiets — Flüchtlingsfragen — Soziale Probleme des Bergbaus — Sozialarbeit im Großbetrieb der eisenschaffenden Industrie — Jugendgericht und Jugendgerichtshilfe — öffentliche und private Wohlfahrtspflege — das waren in Königswinter behandelte Themen.

Der Besuch von Heimen für Bergarbeiter und Bergarbeiterlehrlinge — die Besichtigung von Flüchtlingslagern — die Einfahrt in den Untertage-Bau — Diskussionen mit dem Bergbaunachwuchs — Informationsgespräche beim Arbeitsamt — Teilnahme an Sitzungen des Jugendgerichts — Besuch von Elendsquartieren und Bunkerwohnungen — Einblick in die Tätig-

keit von Arbeiterhochschulen — das war die Praxis in Oberhausen, Essen und Dortmund. Abschließend wurden zwei volle Tage in Dortmund zwischen deutschen und englischen Gesprächspartnern Theorie und Praxis, Möglichkeiten und Gegenwartsfrage, Erfahrungen diesseits und jenseits des Kanals besprochen.

Die „Times“ teilte damals mit, daß der Erfolg dieses ersten Zusammentreffens den Hohen Britischen Kommissar veranlaßt habe, aktive Hilfe für den Besuch von insgesamt 3000 Deutschen in Großbritannien zu mobilisieren. „In jedem Fall ist zu hoffen, daß die anhebende Aktivität erhalten bleibe und daß der Deutsch-Englischen Gesellschaft in der Bundesrepublik eine englisch-deutsche Schwestergesellschaft in Großbritannien folgen möge“. Von den insgesamt zwanzig britischen Teilnehmern kam ein bei aller Skepsis und gelegentlichen Kritik begeistertes Echo.

### Verantwortung der Presse

Auch die zweite Konferenz von Königswinter stand noch im Zeichen des Experimentierens. Nach dem Ende der Blockade von Berlin, bedingt durch den Erfolg der von den Westalliierten errichteten Luftbrücke, schien sich das politische Schwergewicht im Jahre 1951 erstmals nach Asien zu verlagern. Der Ausbruch des Koreakrieges in den Junitagen des Jahres 1950 verstärkte in Europa den Zwang zur Selbstbesinnung und zur Sammlung gutwilliger Kräfte. Besinnung auf die Pflichten der Demokratie tat not. Sie war mit der inzwischen vollzogenen Gründung der Bundesrepublik Deutschland für uns in ein hochaktuelles Stadium getreten. Das Gespräch der Journalisten hatte also durchaus seinen tieferen Sinn. Es war ein erstes entschlossenes Vortasten der Deutsch-Englischen Gesellschaft in den Bereich der großen Politik. „Verantwortung der Presse“ hieß das Generalthema.

Vielleicht war das Thema für die Deutschen wichtiger als für die Engländer. Denn in England war das Generalthema kein Diskussionsgegenstand mehr. Die Geschichte hatte diesem Land eine Kontinuität in seiner Entwicklung gesichert, die auf dem Kontinent nur noch die Schweiz als Parallelfall kennt. Die großen Nationalzeitungen, die Provinzpresse und die Wochenzeitungen konnten auf eine manchmal Jahrhunderte alte Tradition mit einer für 1959 gültigen Gesamtauflage von rund 120 Millionen Exemplaren zurückblicken. Vor ihr stand damals nur die Frage, ob sie — angesichts der Papierknappheit — diese Tradition in vollem Umfang werde aufrecht erhalten können. Wahrheitsgetreue und vorurteilslose Wiedergabe der Nachrichten ist dort der oberste Grundsatz!

Wie anders stellt sich demgegenüber die Struktur der deutschen Wochen- und Tagespresse dar, die heute bei etwa gleicher Bevölkerungszahl wie Großbritannien nur über eine Gesamtauflage von rund 25 Millionen verfügt. Dazu kommt der harte Bruch in der deutschen Zeitungstradition durch Hitlers Pressepolitik. „Wir hatten gehofft, daß nach 1945 in Deutschland wieder oder endlich einmal die Zeit des leise gesprochenen und des einfachen Wortes kommen würde, jene Zeit der Zwischentöne, in der man nicht brutal sprechen muß, sondern mit Andeutungen das erreicht, was man erstrebt. Wir haben uns getäuscht. Die Lenkung, die man ausgeübt hatte, hatte bei denen, die ihre Objekte waren, das menschlich verständliche Gefühl erweckt: Du bist nicht selbst zur Verantwortung heranzuziehen, Du kannst Befehle ausführen. Wir kamen auf diese Weise aber leider nicht zu dem für eine demokratische Entwicklung der Presse erforderlichen internationalen oder auch nationalen Gespräch.“ Das war die Feststellung eines deutschen Journalisten, die etwa am Wendepunkt zwischen der ersten und der zweiten Ära in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Zeitungen gesprochen wurde; denn die Lizenzpresse, die am Anfang der Nachkriegszeit stand, war gerade daran, in den alten wieder erstehenden Heimatzeitungen ihren ersten großen Konkurrenten zu finden. Gerade deshalb aber war es so notwendig, einmal die Kardinalprobleme im Journalismus herausgearbeitet zu sehen: Die Beziehung zwischen Verleger und Journalist, die Pflichten des Leitartiklers, die Verantwortung des Auslands-

korrespondenten, Meinungsbildung durch Nachrichten, Pressekonferenzen und Informationsfreiheit, Parteipresse und überparteiliche Presse, ihr Einfluß auf die internationalen Beziehungen.

„Die Zeitung muß bemüht sein, durch die Formulierung in jedem einzelnen Satz ganz deutlich zu machen, was Information ist und wann sie ein Urteil ausspricht.“ Dies forderte ein deutscher Journalist. Ein Engländer stellte danach die Frage: „Es gehört wirtschaftliche Sicherheit dazu, unabhängig zu sein. Ist die deutsche Presse unabhängig genug, um eine der Regierung ungelegene Kritik durchführen zu können?“ Die deutsche Antwort: „Eine wirtschaftliche Sicherheit, wie sie die großen englischen Blätter besitzen, hat die deutsche Presse nicht. Man kann sagen, daß eine verhängnisvolle Überpolitisierung in der Nazizeit einer absoluten Apathie beim Leser Platz gemacht hat . . . Wir sind in einem Stadium, in dem wir zu sehr Geschäftspresse und zu wenig Gesinnungspresse sind“, — oder — wie es ein anderer deutscher Journalist formulierte — es gebe nur den „Unterschied zwischen Gesinnungspresse und gesinnungsloser Presse.“ Letztere löse die politische Verantwortung des Lesers auf. Er sah aber eine noch tiefer liegende Ursache: „Im Unterschied zu den Engländern fehlt uns Deutschen die Tradition, die an dem festhält, was nicht in Frage gestellt werden kann. Bei uns hingegen wird alles in Frage gestellt.“ Noch deutlicher wurde schließlich ein Engländer: „Die Parteipresse muß Kritik an ihrer Partei üben und prüfen, ob die Grundsätze der Partei auch in der Praxis angewandt werden. Ich fürchte, daß die Parteiblätter im allgemeinen ihre Zeit damit vertrödeln, die Gegenpartei anzugreifen und dann gleich aus dem Gegner einen Feind zu machen.“

Im internationalen Echo schien die Konferenz aus fünf Gründen besonders bedeutungsvoll:

- Entgegen den deutschen Nachkriegsgewohnheiten endete die Konferenz wie alle übrigen von Königswinter ohne Annahme von Resolutionen.
- Auf beiden Seiten wurde mit sehr viel Redlichkeit und Offenheit argumentiert.
- Die privaten Aussprachen und die persönlichen Kontakte erwiesen sich zum ersten Mal als ein echtes Politikum. Sie stiegen im Rang über jenen der öffentlichen Diskussionen.
- Zum ersten Mal wurden die großen Schwierigkeiten und die ernstesten Probleme der westdeutschen Nachkriegspresse international erörtert und bekannt.
- Die Selbstkontrolle der Presse gegenüber Auswüchsen, wie sie in Großbritannien durch ein „General Press Council“ gegeben ist, wurde als nachahmenswertes Beispiel hingestellt.

Mit 42 englischen und etwa 90 deutschen Teilnehmern erreichte die zweite Konferenz von Königswinter eine Durchschnittszahl, die seitdem gehalten wurde, nur daß sich die Struktur der Teilnehmer von Jahr zu Jahr wandelte. Waren es 1951 erst wenige britische Parlamentarier, so überwog ihre Zahl im Jahre 1952 bereits die der Journalisten und sonstiger Vertreter des öffentlichen Lebens. Hand in Hand damit ging ein Strukturwandel auch der deutschen Teilnehmer.

Seit 1952 nahmen die Konferenzen mehr und mehr politischen Charakter an. Schon die Konferenz des Jahres 1952 trug den Titel:

### **Großbritannien und der Kontinent**

Eigentlich ging es dabei nur um ein einziges großes Thema, zu dem der Westen durch den Koreakrieg gezwungen worden war: Eine gemeinsame Außenpolitik des Westens. Bei diesen Gesprächen tauchte eine recht bedeutungsvolle Schwierigkeit auf. Die Montanunion war geschaffen, der Prozeß der westeuropäischen Kontinental-Integration begann und wurde noch verstärkt durch die Intensität, mit der das Projekt einer Europäischen Ver-

teidigungsgemeinschaft diskutiert wurde. Mußte da nicht Großbritannien, das allen solchen Gedanken und Erwägungen ferne stand, dem Kontinent entfremdet werden? In drei großen Aussprachegruppen ging man dieser Frage zu Leibe:

- Die Integration Großbritanniens in Westeuropa
- Die Wiedervereinigung Deutschlands
- Das Verhältnis Deutschlands und Großbritanniens zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika

Die Sowjetunion hatte noch das ihre getan, um dieser ersten großen politischen Privatkonferenz zwischen Deutschen und Engländern entsprechendes Diskussionsmaterial zu liefern. Stalin hatte nämlich kurz vor Beginn der Tage von Königswinter seine berühmt gewordenen Deutschland-Noten (Nationalarmee und Verhandlung über Freie Wahlen) vom März 1952 in Bonn abgeben lassen. Ein Engländer brachte auf der Konferenz den Stein der Diskussion ins Rollen, als er sagte: „Die Konferenz ist der Meinung, daß das russische Angebot ernst zu nehmen ist, denn wenn es ein Propagandatricks wäre, so wäre es ein schlechter.“ Dabei wies er darauf hin, daß die Sowjets in Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei Prestige zu verlieren hätten. Sei aber das russische Angebot ernst, dann werde die Europäische Verteidigungsgemeinschaft den Deutschen eine besondere Verhandlungsbasis geben. Schließlich sprach er sich dafür aus, sich einmal darüber zu unterhalten, welchen Preis und welche Konzessionen man zahlen könnte, um ein durch Freie Wahlen geeintes Deutschland zu ermöglichen. Darauf käme schließlich alles an; denn ohne Konzessionen blieben alle Diskussionen über die Einheit Deutschlands akademisch.

Der eine der christlich-demokratischen Sprecher meinte denn auch, daß man über die Vorschläge und Anregungen des Kreml verhandeln solle. Er fragte ganz nüchtern, ob die Wiederherstellung der Deutschen Einheit nicht den Preis der Neutralisierung Deutschlands wert wäre, vorausgesetzt, daß diese Neutralität anerkannt und vom Westen her solide fundiert werde. Seine Schlußfolgerung war ganz einfach: „Die Verhandlungen mit dem Westen fortführen, aber so rasch wie möglich und so eindringlich wie möglich auf Verhandlungen mit dem Osten bestehen.“ Das eine schloße das andere nicht aus. Der andere Sprecher der Christlichen Demokraten hingegen war ähnlich wie die Vertreter der Sozialdemokratie sehr viel skeptischer und meinte, daß dieses russische Angebot nur die Integration Deutschlands in den Westen verhindern solle. Ein sozialdemokratischer Sprecher bezeichnete sogar die Neutralisierung als illusionär.

Das war das eine hochaktuelle Konferenz-Thema. Das andere kreiste um die Art der Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Engländern. Den Deutschen lag an der organisatorischen Form, den Engländern mehr an der Zielsetzung, an einer Assoziierung der Gedankengänge. Es war im Grunde die sich bis 1959 immer wiederholende Form der Diskussion über das, was Deutsche und Engländer gedanklich und politisch da und dort voneinander unterscheidet. Und dennoch machte gerade diese Konferenz klar, daß die Distanz der englischen Politik zur westeuropäischen Integration ihr Verständnis für das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands nur stärkt. So war auch dieses Gespräch von Königswinter ein echter Test für das Mögliche in der Politik. Die souveräne Beherrschung der Diskussion von britischer Seite verlieh ihr soviel Leben, daß der Drachenfels und die Magnolien im Garten des britischen Hohen Kommissars, die Frühlingssonne und die Rheindampfer romantische Hintergrundszenerien blieben.

## Europäische Integration und Atlantische Gemeinschaft

Da aber die Angebote des Kreml im Jahre 1952 kein durchgreifendes Echo in der westlichen Hemisphäre fanden und so automatisch das Thema der Europäischen Integration stärker in den Vordergrund rückte, blieb es auch für die Konferenz des Jahres 1953 eines der beiden zu besprechenden Sofort-Probleme. Das andere war die internationale Atomkontrolle, hervorgerufen durch die Fortschritte der Sowjetunion bei der Erprobung eigener Atomwaffen und durch den Eintritt Großbritanniens in die Reihe der Atommächte. Das dritte Thema war durch die beiden ersten bedingt: „Wie können wir die für militärische Zwecke notwendige Geldanlage mit den Erfordernissen des Wohlfahrtstaates in Einklang bringen?“ Ein Engländer hat auf diese letzte Frage eine sehr deutliche Antwort gegeben: „Wenn nicht eine sehr viel höhere Kapitalinvestierung als je zuvor erreicht werden kann, so wird Europa einmal durch die hochkapitalistische Organisationsform in den USA, zum anderen durch die kommunistische Organisation in allem überflügelt, was Ausnutzung der atomaren Kraft bedeutet.“ Diese Sorge wurde in den Konferenztagen noch erhöht durch die Unsicherheit, die sich nach Stalins Tod über den künftigen politischen Kurs der Sowjetunion in der ganzen westlichen Welt breitmachte. Der sogenannte Generalvertrag zwischen Frankreich, Großbritannien, den USA und der Bundesrepublik schuf genauso wie der Waffenstillstand in Korea wohl einen einigermaßen sicheren Rückhalt. Zudem war der wirtschaftliche Aufschwung seit Herbst 1952 in der Bundesrepublik ostentativ geworden. Dennoch fragten sich natürlich die englischen Teilnehmer, was denn nun aus der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zwischen den sechs Mächten der Montanunion werden sollte. Manche Engländer hielten es für besser, die Bundesrepublik an die Nato anzugliedern, schon um den Kontakt zwischen England und der Bundesrepublik auch auf militärischem Gebiet enger zu gestalten. Selbstverständlich spielten dabei Bedenken eine Rolle, inwieweit man denn dem in der Weltpolitik nicht mehr zu übersehenden Faktor Bundesrepublik wohl vertrauen könne, ob Deutschland nicht wieder nur nach Macht und Hegemonie in Europa strebe. Das waren keine bösen Ressentiments. Sie wurden auch nicht als solche aufgefaßt. Es waren Lehren und Fragen, die aus der Vergangenheit in solche Gespräche einmündeten. Ein Sprecher der CDU fand darauf die plausibelste, aber keineswegs von allen Engländern angenommene Antwort, als er erklärte, daß Deutschland nicht bereit sei, für seine Wiedervereinigung einen Preis zu zahlen, der Europas Zukunft gefährden werde. Aus diesem Grunde lehnte er eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands ab. Er wollte kein Vakuum in der Mitte Europas geschaffen sehen. Der englische Labour-Abgeordnete plädierte für eine Übergangslösung, bei der die Russen an der Oder, die Westmächte am Rhein stehen sollten, um so für weitere Verhandlungen eine Chance zu bieten. Dieses Gespräch von 1953 hat der politischen Entwicklung weit vorausgegriffen und eine Wirklichkeit gekennzeichnet, die erst zwei Jahre später greifbar geworden ist. Die deutsche Frage rückte nach diesem vierten Gespräch von Königswinter durch die internationalen Ereignisse um Indochina in ein völlig anderes Licht. Der Vordere Orient begann durch die Ablösung des König Faruks von Ägypten unmittelbare europäische Interessen zu berühren. Der arabische Nationalismus löste im ganzen mohammedanischen Raum starke Bewegungen aus. In Europa war der Aufstand der deutschen Arbeiter in der Stalinallee zu Ostberlin gegen das Regime in der Deutschen Demokratischen Republik das große, internationale Ereignis geworden. Der Westen mußte plötzlich erkennen, daß das reine Diskutieren über die Deutschlandfrage den Krisenherd Deutschland nur noch mehr gefährden konnte. Deshalb setzten die Menschen einige Hoffnungen auf die im Januar und Februar 1954 in Berlin tagende Deutschland-Konferenz der vier Großmächte. Letztlich aber wurde diese durch den Einfluß des sowjetischen Außenministers Molotow nichts anderes als eine Vorbereitung für eine Konferenz zur Lösung asiatischer Probleme, die dann im Sommer in Genf stattfinden sollte. Die Franzosen, gebunden im Kampf um Dien Bien Phu, waren daran weit mehr interessiert als am Zustandekommen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die, rückblickend gesehen, schon in den harten Berliner Wintertagen von 1954 von den Franzosen geopfert wurde.

## Zwischen Berlin und Genf

So hieß das Konferenzthema des Jahres 1954 logischerweise „Zwischen Berlin und Genf“. Das allgemeine Bestreben war es, aus der für Europa so prekären politischen Situation das Bestmögliche herauszudestillieren. Zum ersten Mal kam von englischer Seite die Anregung, die Bundesrepublik solle zugunsten der Wiedervereinigung auf eine Wiederbewaffnung verzichten. Ein CDU-Sprecher bat die englischen Freunde, bei den Franzosen das so verständliche Mißtrauen gegen diese Wiederbewaffnung im Interesse der Integrationspolitik beseitigen zu helfen. Ein Vertreter des „Amtes Blank“ lehnte die Neutralisierung Deutschlands ab, da es niemals die Mittel habe, aus eigenen Kräften dem hochgerüsteten Osten eine wirksame Verteidigung gegenüberzustellen. Die Sozialdemokratie schlug eine neue Form vor, wie die Bundesrepublik in ein internationales System einzubeziehen wäre.

Einig war man sich in zwei Hauptpunkten:

- dem Osten nicht durch politische Zwietracht des Westens eine Chance einräumen
- eine deutsche Nationalarmee würde einen Rückschritt in der Geschichte darstellen.

Zum Asienproblem legte der englische Labourabgeordnete Gaitskell seine beiden Vorschläge für ein Sicherheitsabkommen vor: eine Mächtegruppe rings um den Indischen Ozean und eine um die Pazifischen Gewässer zwischen Australien, den Philippinen und Malaya. Die von Bankier Abs gegebene Versicherung, daß es in der Konvertibilität keinen Wettlauf zwischen England und Deutschland geben könne, wurde als beruhigend empfunden und fand auf den ersten Seiten der internationalen Presse reiches Echo. Es war die Konferenz des Übergangs, des Abtastens vor neuen entscheidenden Schritten in der internationalen Politik.

Sie wurden dadurch eingeleitet, daß die französische Nationalversammlung im August jenes Jahres die Pläne für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ablehnte. Es war sozusagen der Preis, den Frankreich unter dem Ministerpräsidenten Mendes-France für den Frieden in Indochina zu bezahlen hatte, der kurz zuvor auf der Genfer Ostasienkonferenz durch die Teilung des Landes eingeleitet worden war. Mit dem Deutschlandvertrag wurde denn auch die Souveränität der Bundesrepublik akut und mit ihr das, was zwei Jahre zuvor, im Jahre 1953, von der englischen „Linken“ in Königswinter zum ersten Mal angeschnitten worden war: Der Eintritt der Bundesrepublik in die Atlantische Gemeinschaft der Nato. Der damalige englische Außenminister Eden hatte das alles selbst auf seiner Blitztournee durch die westeuropäischen Hauptstädte noch ins Lot gebracht. Da außerdem die farbigen Völker Afrikas und Asiens zum ersten Mal in der Geschichte — in Anwesenheit von Vertretern Rotchinas — auf der Konferenz von Bandung so etwas wie einen gemeinsamen Willen zwischen den beiden großen Blöcken von Ost und West bekundeten und ein neuer Krisenherd um Formosa sichtbar wurde, erhob sich automatisch auf der Königswinter-Konferenz des Jahres 1955 die Frage, ob die nun vom Westen eingeschlagene Weichenstellung in jedem Fall die rechte sei. Die Themenstellung („Im Kraftfeld zwischen Ost und West“) gab dazu durchaus die Berechtigung.

### Konferenz des „Schocks“

In dieser Lage war es gar nicht so unbegreiflich, daß einer der deutschen Redner, ein unabhängiger Publizist von Rang, den Gedanken äußerte, die nun einmal zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten abgeschlossenen Verträge seien im Augenblick, da sie abgeschlossen wurden, eigentlich schon im Welken begriffen. Kein allzu großes Vertrauen erfüllte ihn und viele andere deutsche Sprecher. Sie sahen darin mehr ein „Durchgangs- und Übergangsstadium“, das nicht eben Geschichte machen werde. Zudem lieferte der gerade erst abgeschlossene österreichische Neutralitätsvertrag einige Unterlagen für Diskussionen über Neutralität. Wohl gemerkt, keine Neutralität, die von den Deutschen als eine unannehmbare Beschränkung der deutschen Souveränität empfunden worden wäre, wohl aber Neutralität als Möglichkeit für eine freiwillige deutsche Entscheidung, Neutrali-

tät also im Sinne Schwedens oder der Schweiz. Auch diesmal und gerade deshalb das Plädoyer von deutscher Seite, jede Gelegenheit zu Verhandlungen mit Rußland wahrzunehmen. Es tauchten hier in etwa die Anfänge des späteren Gaitskellschen Planes für Mitteleuropa zum ersten Mal in vagen Umrissen auf. Sie wurden noch konturierter, nachdem der inzwischen verstorbene spätere deutsche Botschafter in Belgrad, Dr. Karl-Georg Pfeleiderer, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion für notwendig erklärte. Er meinte, daß die deutsche Souveränität dies nötig mache, warnte aber im Zusammenhang mit der Diskussion um die deutsche Wiedervereinigung vor der Überschätzung freier Wahlen und vor der Unterschätzung der Aufrüstung. Man könne Freiheit auch anders herstellen als durch freie Wahlen, indem man etwa das System der Unfreiheit graduell abbaue. Vielleicht würde man so den Gesichts- und Prestigeverlust der östlichen Macht vermeiden. Zum ersten Male fiel in diesem Diskussionsbeitrag das heute aktuelle Wort „Flexibilität“, zum ersten Mal wurde die Forderung erhoben, der deutschen Westpolitik auch eine solche gegenüber dem Osten hinzuzufügen, die dazu noch Notiz nimmt von der Existenz der osteuropäischen Staaten. Obwohl es politisch konsequent gedacht war, wenn nach der Umschaltung von EVG auf Nato, von nicht-eigener Armee auf souveräne Truppe, auch Ost und West in der deutschen Außenpolitik im richtigen Maße zueinander geordnet werden sollten, so riefen doch gerade diese Gedanken das größte Erstaunen in Deutschland und in Großbritannien hervor. Die Engländer, seit wenigen Wochen erst von Eden und nicht mehr von Churchill geführt, standen vor einem Novum. Die britische Presse sprach von dem „Schock“ von Königswinter, verstand darunter aber etwas ganz anderes als die Deutschen. Diese interpretierten das englische Wort „shock“ als „Tiefschlag“, obwohl es doch nur als ein Aufrütteln, als ein Wachwerden begriffen werden konnte. Ein Engländer hat die wohl treffendste Formel gefunden: Einen schmerzhaften Prozeß der Verständigung in freundschaftlicher Atmosphäre durchzutragen! Darum ging es — und das war in Königswinter erfüllt worden, diesmal und in all den folgenden Jahren.

### Koexistenz und Weltpolitik

Es gehört zu den interessantesten Phänomenen der Konferenz von Königswinter, daß der Tenor von 1955 auch jener aller folgenden Konferenzen geblieben ist. Das drückte sich allein schon in den Themenstellungen aus:

1956: Koexistenz und Weltpolitik — Stillstand oder Entwicklung?

1957: Europa — seine Rolle in der Welt

1958: Interdependenz und Disengagement 1958

1959: Voraussetzungen einer friedlichen Koexistenz

**Königswinter 1956** stand unter dem Eindruck der Konferenzen, welche im Sommer 1955 die Regierungschefs und im Herbst 1955 die Außenminister der vier Großmächte in Genf zusammenführte. Auch diese Konferenzen, bekannt geworden durch den „Geist von Genf“, der einen Frieden herbeiführen sollte, mühten sich — freilich begleitet von höchst fragwürdigen Erscheinungen — um eine Koexistenz. Sie wurde vom Osten anders verstanden als vom Westen. Königswinter 1956 stand aber auch unter dem Eindruck von Adenauers Reise nach Moskau. Was Pfeleiderer 1955 gefordert, war noch im gleichen Herbst verwirklicht worden. Die Bundesrepublik und die Sowjetunion nahmen diplomatische Beziehungen auf. Was Wunder also, daß die Koexistenz-Politik ein entscheidender, wenngleich beunruhigender Diskussionsgegenstand für das Deutsch-Englische Gespräch des Jahres 1956 geworden war. Es ist schwer zu sagen, was nun das Wichtigste an dieser Konferenz gewesen sein mag. War es die Freimütigkeit, mit der englische Teilnehmer die Möglichkeiten einer baldigen deutschen Wiedervereinigung in Frage stellten? War es die Hartnäckigkeit, mit der sich fast alle Engländer gegen ein Ausscheiden der Bundesrepublik aus der Nato stemmten, weil dies das

Ende der Nato und den Rückzug Amerikas aus Europa mit sich bringen könnte, obwohl doch jeder davon überzeugt war, daß der Plan eines Gesamtdeutschlands innerhalb der Nato jede Wiedervereinigung vereiteln würde? Oder war es die in deutschen und englischen Reden erkennbar werdende Ausweglosigkeit bei der Verwirklichung der deutschen Wiedervereinigung? Ein Engländer sagte es schon damals mit brutaler Deutlichkeit: „Wenn ihr nicht wollt, daß wir in der Frage der deutschen Wiedervereinigung — ähnlich wie in derjenigen der Anerkennung Rotchinas — die Fakten anerkennen, dann sagt uns, was wir tun sollen, damit die Wiedervereinigung Gestalt gewinne, dann sagt uns den Preis, den zu zahlen ihr bereit seid.“ Die Oder-Neiße-Linie wurde scharf apostrophiert. Aber die deutschen Abgeordneten wußten kein Echo zu geben. Nur einer, der für die Sozialdemokratie sprach, hatte eine indirekte Antwort: Eine militärische gesamtdeutsche Neutralität. Aber war das zu dieser Zeit für die Sowjets noch ein Kaufpreis? Darauf kam das Echo der Engländer: „Wir haben fälschlicherweise angenommen, die deutschen Interessen stimmten von vornherein mit denen der Nato überein und die der Nato mit den nationalen Interessen Deutschlands.“ Dahinter stand der immer wieder diskutierte Gedanke, ob denn Wiedervereinigung und Sicherheit zueinanderstimmten oder sich ausschlossen. Daraus konsequenterweise die Fragestellung: Abrüstung vor oder nach der Wiedervereinigung? Oder etwa ein stufenweises Vorgehen, das beides verbinden könnte?

### Europas Rolle in der Welt

Bezeichnender noch als diese etwas stagnierend anmutende Debatte wirkte die Diskussion um die Wunden, die während der letzten Jahre rings um das Mittelmeer aufgerissen worden waren. Reichte der im Vorjahr abgeschlossene Balkanpakt, um den sowjetischen Arm im Orient und am Mittelmeer abzuschneiden? Mußten nicht der Konflikt auf Formosa und das Regime Nassers in Ägypten beunruhigen? Mußte nicht die Sorge um das Öl und die Ölquellen wach werden? Es war eine unbarmherzige Analyse, aber eine sehr notwendige, die schon wenige Wochen später bestätigt wurde, als Nasser dazu überging, den Suezkanal zu „nationalisieren“. Vom Assuan-Projekt bis zur Suezkrise führte der eine Weg, der den Sowjets Karten zuspilte, ohne daß der Westen dies etwa beabsichtigt hatte. Vom Posener Aufstand über den ungarischen Aufstand und sein blutiges Ende bis zur polnischen Koexistenz führte der andere Weg, der dem Osten scheinbar Wasser abgegraben hat, Wasser aber, das durch den so völlig anders gelagerten Suezkonflikt wieder nach dem Osten zurückfloß. Die zeitliche Verquickung zweier so grundlegend verschiedener Tatbestände — das war die Tragödie dieses Jahresendes. Europas Rolle in der Weltpolitik wurde dadurch erheblich belastet.

**Königswinter 1957** stand begreiflicherweise noch im Schatten der drei großen gefahrdrohenden Ereignisse des vergangenen Jahres: Die mit Gomulka verbundene Umschichtung in Polen, der Gewaltangriff der Sowjets auf Budapest und das Eingreifen Großbritanniens und Frankreichs am Suez-Kanal. Keine Vorwürfe waren mehr zu hören gegen den damaligen Alleingang der Engländer und Franzosen im Lande Nassers. Wohl aber waren Wandlungen innerhalb der englischen Politik zu spüren. Gerade in den Konferenztagen wurde das englische Weißbuch über die Umrüstung veröffentlicht. Es war die Folge der Erfahrungen, die England im vorangegangenen Herbst gemacht hatte. In Port Said, so sagte einer der Teilnehmer von Königswinter 1957, habe das westliche, in Budapest das östliche Bündnisystem den politischen Offenbarungseid geleistet. Beide Ereignisse hätten enthüllt, daß die Nato diesseits und der Warschauer Pakt jenseits des „Eisernen Vorhangs“ diplomatische Fiktionen wären, weil eben die Teilnehmer innerhalb des jeweiligen Paktsystems in der Wirklichkeit nicht gleichberechtigt und nicht souverän im Sinne der klassischen Staatstheorie seien. Das habe man in dem Augenblick gemerkt, als innerhalb des jeweiligen Bündnisses Reibungen entstanden. Insofern, und nur insofern, kann man Suez und Budapest vergleichen. Der Schock von Budapest mag wohl zum ersten Mal die Theorie Chruschtschows von der Koexistenz, wie er sie im Frühjahr 1956 aufgestellt hatte, ernsthaft er-

schüttert haben. Eine Änderung der politischen Taktik des Ostens hat er nicht mit sich gebracht. Der Schock von Suez war anderer Art. Die britische Politik hat als natürliche Folge den Premierminister Eden geopfert, gleichzeitig aber mit dem Versuch begonnen, die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in ein neues Verhältnis überzuleiten und ein gegenseitiges neues Achtungsverhältnis herzustellen.

Man merkte in Königswinter, daß dies nicht ohne Folge für die Nato-Mächte und für die Bundesrepublik sein werde. Englische Freunde bezeichneten damals die Nato als den Ausdruck einer zu Ende gehenden Epoche, eben weil England glaube, daß die Methoden, mit denen der Westen bisher die Wache gegenüber dem Osten gehalten hat, nicht mehr brauchbar seien. Es wurde ersichtlich, daß die Engländer nicht den Kurs steuern wollen, der etwa mit den Worten umschrieben werden könnte: Rüsten und Abwarten. Die meisten der englischen Teilnehmer von Königswinter sagten, das führe zum Kriege. Freilich war der Weg, den die britische Politik nach diesen Schockwirkungen einschlagen wollte, noch nicht klar erkenntlich geworden. Daß der Weg näher an Europa heranführen werde, schien damals durch die Verhandlungen über die Freihandelszone so gut wie sicher; denn man sagte sich, daß sich das kleine Westeuropa eine Zweiteilung gar nicht leisten könne. Hier machten sich natürlich auch englische und französische Rivalitäten geltend, die über den nun schon seit gut zwei Jahren währenden Algerienkrieg bis hin nach Zentralafrika ausstrahlten.

Im ganzen aber lag über dieser Konferenz zum ersten Mal auf beiden Seiten so etwas wie ein großes Unbehagen, das sich gegen die Tendenz wehrte, den Status quo für den besten Zustand des Augenblicks zu halten.

### Interdependenz und Disengagement

**Königswinter 1958** stand in noch verstärktem Maße unter diesem Zeichen des Unbehagens. Inzwischen waren ja die russischen Sputniks dem amerikanischen Selbstbewußtsein auf die Nerven gefallen. Die Eisenhower-Doktrin hatte gleichsam als das Ende der Spannungen um den Vorderen Orient Nassers arabischen Staatenblock zu teilen versucht. Die Algerien-Frage geriet in ein gefährliches Stadium, das die französische Politik in ihren Fundamenten zu erschüttern begann. Die etwa 150 Konferenzteilnehmer waren sich angesichts dieser Lage in sieben Erkenntnissen einig:

- Der augenblicklich sterile Zustand muß überwunden werden, da er ein erhebliches Kriegsrisiko in sich trägt.
- Niemand weiß, ob die Vereinigten Staaten von Amerika noch Jahrzehnte hindurch ihre Truppen in Europa belassen werden. Ein Gleichstand der interkontinentalen Raketenrüstung in Ost und West könnte einen Abzug der amerikanischen Truppen mit sich bringen. Damit wäre ein weiterer Kaufpreis gegenüber dem Osten zur Lösung der mitteleuropäischen Probleme wertlos gemacht.
- Unter den gegenwärtigen Umständen ist die Wiedervereinigung nicht zu erreichen.
- Die Forderung nach freien Wahlen kann bei der Lösung der deutschen Frage nicht mehr am Beginn des Prozesses stehen.
- Die Bundesrepublik bleibt in jedem Fall Mitglied der Nato, ehe ihr nicht andere Sicherheiten gegeben sind.
- Die Politik des Auseinanderrückens der beiden großen Blocks (Disengagement) würde im gegenwärtigen Zeitpunkt als Verminderung der Kriegsgefahr und als eine Überwindung des toten Punktes in der Politik wirken.
- Die Freihandelszone muß geschaffen werden, wenn nicht Westeuropa nochmals gespalten werden soll.

Die Meinungsunterschiede wurden in drei Kardinalpunkten erkennbar:

1. Es ist unklar, wie groß das Sicherheitsrisiko sein darf, das der Westen im Falle eines Disengagements eingehen darf.

2. Es blieb die Frage offen, ob ein Versuch, die beiden Weltmächte räumlich voneinander zu trennen, mit politischen Forderungen verbunden werden soll oder nicht.
3. Das Mißtrauen der Westeuropäer gegenüber der Sowjetunion ist verschiedenartig gestuft — je nachdem, wie die einzelnen Parteien oder Gruppen die politische und militärische Entwicklung innerhalb der Sowjetunion einschätzen.

Der Unterton der Skepsis, der dieser Konferenz — unabhängig von Parteiströmungen — anhaftete, rechtfertigte sich dann auch schon nach wenigen Tagen. Am 13. Mai ereignete sich in Algier jener Umschwung, der im Verlauf weniger Monate die Vierte Republik wegspülte und an ihre Stelle die Präsidentialdemokratie von General de Gaulle setzte. Entgegen manchen Prognosen belastete sie das neugewonnene deutsch-französische Freundschaftsverhältnis nicht. Die Begegnungen zwischen den Staatsmännern der Bundesrepublik und der Fünften Republik verdichteten vielmehr diese Freundschaft, in deren Verlauf sich zeigen sollte, daß gerade auf internationalen Konferenzen Frankreich weithin zum Befürworter oder gar zum Sprecher der Interessen der Bundesregierung werden sollte. Aber eben dieser Tatbestand — wahrgenommen in der Politik des französischen Generals — erweckte einige Skepsis jenseits des Kanals; denn es zeigte sich plötzlich, daß diese beiden Bündnispartner Englands den stärksten Einspruch gegen Macmillans geplante Moskareise im Rahmen der britischen Politik der Flexibilität anmeldeten.

#### **Voraussetzungen einer friedlichen Koexistenz**

**Das 10. Deutsch-Englische Gespräch** von Königswinter im Jahre 1959 ließ einiges von diesen Spannungen verspüren. Es wurde an demselben Tag eröffnet, an dem der britische Premierminister Macmillan zu Besprechungen mit dem Bundeskanzler auf der anderen Rheinseite in Bonn eintraf. Er kam, von Moskau zurückkehrend, zu Dr. Adenauer wegen der gleichen Sorge, unter der auch die Diskussion in Königswinter stand: Der zweite energische Vorstoß der Sowjetunion gegen Berlin. Er lastete über dem ganzen vergangenen Jahreswechsel seit dem 27. November 1958. Damit war die deutsche Situation aufgerissen und nicht etwa nur jene von Berlin. Mit großem Freimut und mit der auch von deutscher Seite gezeigten Bereitschaft zu neuen Gedankengängen im politischen Kräftespiel wurden dieses Mal in einer sehr viel konkreteren Form als in den vorhergehenden Jahren die Gedanken um das Auseinanderrücken, um das Disengagement, besprochen. Vielleicht war es das Verblüffendste an dieser Tagung, daß deutsche Politiker der Opposition und der Regierungspartei gleichermaßen die Überzeugung kundtaten, es müsse nun wohl sehr ernsthaft mit den Russen über das gesamte europäische Problem, und nicht nur über die Berlin-Frage, verhandelt werden. Vielleicht könnte man auf diesem Wege über eine verdünnte Zone, wie sie Macmillan drüben vorschlug, der Wiedervereinigung, wenigstens in Etappen, näherkommen. Dabei wurden zwei Auffassungen besonders hart an die Deutschen herangetragen:

1. Der Maßstab des deutschen Willens zur Wiedervereinigung bestimmt auch das Engagement der Engländer, dafür tätig zu werden.
2. Jenseits des Kanals verspürt man wenig Neigung, um Berlins willen einen Krieg zu riskieren. Disengagement mit oder ohne Vorleistungen, mit oder ohne politische Bedingungen — das blieb die ungeklärte Frage. Daß aber auf dem Umweg über Abrüstungszonen solch ein Plan kommen werde, daran zweifelten nur wenige.

Eine weitere Sorge wurde von den britischen Teilnehmern vorgebracht: Die Haltung der Bundesrepublik gegenüber der Freihandelszone. Die Briten, ohne Unterschied der Partei, glaubten, daß hinter der möglichen deutschen Abkehr von diesem Plan die Rücksicht auf die seit de Gaulles Wiedereintritt in die aktive Politik verstärkte „Achse Bonn–Paris“ bestimmend sei. Etwas mehr Brückenschlag von Bonn nach London und etwas weniger Achse Bonn–Paris, das war eine ohne Widerspruch auch bei den Deutschen aufgenommene Ansicht eines deutschen Konferenzteilnehmers. Dies sei heute unentbehrlicher denn

je, und daran könne auch der „neue Fetisch“, das Wort von der Flexibilität, nichts ändern. Dieses Schlagwort hieß bei den Briten nichts anderes als die Biagsamkeit in der Methode und nicht die Erfindung einer neuen Doktrin. Bei dieser Gelegenheit kamen auch die deutsch-englischen Mißverständnisse zur Sprache. Sie wurden zum nicht geringsten Teil in dem Mißverstehen der verschiedenen politischen Mentalität gesehen — der Deutsche und der Kontinental-Europäer denken weithin in organisatorischen Formen, der Engländer hingegen denkt in Improvisationen. Die Improvisation soll nach englischer Ansicht dazu helfen, daß der Westen aus seiner Defensivstellung gegen den Osten heraustritt, um so die augenblickliche politische Krise zu überwinden.

Diese Verschiedenheit der Auffassung und der Temperamente führte kurz nach der Konferenz von Königswinter zu unvorhergesehenen und wohl auch ungewollten Spannungen zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien. Es waren Spannungen, die auch während der Maikonferenz der Außenminister in Genf leider nicht nachließen.

Bei dem Empfang des Bundesaußenministers Dr. Heinrich von Brentano in der Redoute in Bad Godesberg hat Bundespräsident Professor Dr. Theodor Heuss in einer kurzen Rede nicht nur diesem zehnten Gespräch von Königswinter, sondern auch der Deutsch-Englischen Gesellschaft die Bedeutung ihres notwendigen Wirkens bestätigt. Eine zehnjährige Arbeit hatte damit ihre Krönung gefunden und die Deutsch-Englische Gesellschaft die Bestätigung zur Fortführung ihrer verantwortungsvollen Aufgabe erhalten.

Juni 1959

Christoph von Imhoff

## Grundlagen der Arbeit

### Ziel der Gesellschaft

Die Deutsch-Englische Gesellschaft verdankt ihre Entstehung der Überzeugung, daß gegenseitige tiefere Kenntnis der Eigenheiten, der Geschichte und Kultur, der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Voraussetzung für eine bessere Gestaltung der Beziehungen zwischen den Völkern ist. Nur dadurch können gegenseitiges Vertrauen wachsen und sich gemeinsame politische Arbeit entwickeln. Die Gesellschaft betrachtet es als ihre Aufgabe, verantwortlich daran mitzuwirken, und führt deshalb Angehörige beider Länder zusammen, um im gegenseitigen freien Meinungsaustausch die Verhältnisse und Probleme des anderen Landes und Volkes kennenzulernen und dadurch eine Atmosphäre der Verständigung zu schaffen.

Die Deutsch-Englische Gesellschaft arbeitet in privater Initiative und Verantwortung. Parteipolitische Unabhängigkeit ist die Grundlage ihrer Arbeit.

### Aufbau der Gesellschaft

Die Deutsch-Englische Gesellschaft ist ein eingetragener Verein, als gemeinnützig anerkannt und hat ihren Sitz in Düsseldorf. Dem Vorstand steht ein Beirat zur Seite, der sich aus den Gründungsmitgliedern, den Vorsitzenden der Arbeitskreise oder deren Stellvertretern und aus kooptierten Mitgliedern zusammensetzt.

### Arbeit der Gesellschaft

Die Deutsch-Englische Gesellschaft hat sich im besonderen drei Arbeitsgebiete zur Aufgabe gesetzt:

1. Vorträge führender britischer Persönlichkeiten;
2. Durchführung des Deutsch-Englischen Gespräches;
3. Vermittlung von Einzelbesuchen zu Studienzwecken in Großbritannien und Deutschland.

### Mitgliedschaft

Mitglied der Deutsch-Englischen Gesellschaft kann jeder werden, der ihre Ziele bejaht und fördert. Die Mitgliedschaft verpflichtet zu einem Jahresbeitrag, dessen Höhe von dem einzelnen Mitglied selbst festzusetzen ist. Schüler und Studenten leisten an Stelle eines Mitgliedsbeitrages eine Anerkennungsgebühr von DM 2,- jährlich.

## Vorträge 1949 — 1959

In den zehn Jahren ihres Bestehens hat die Deutsch-Englische Gesellschaft in den Städten ihrer Arbeitskreise von über 100 britischen Rednern 420 Vorträge durchgeführt, deren Themen sich mit kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen befaßten:

G. C. Allen	1953 „W. B. Yeats“
Richard Bailey	1957 „The British Attitude to the European Market“ 1959 „The Free Trade Area and After“
Michael Balfour	1952 „The State and the Individual“
Sir George Barnes	1958 „The Conflict between Higher Education and Mass Means of Communication“
Michael Barsley	1955 „British Humour“
Dr. Heinrich Becker	1952 „Irisches Volkstum“
Max Beloff, Professor	1957 „Analyse der politischen Situation jenseits des Eisernen Vorhangs“
The Rt. Hon. Aneurin Bevan, M.P.	1957 „British Foreign Policy“
M. S. T. Bindoff	1957 „Die gegenwärtige Wirtschaftslage Großbritanniens“
Robert Birley	1949 „Kulturelle Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland“ 1951 „T. S. Eliot“ 1952 „The Elements of Western European Civilization“ „Law and Liberty in Education“ 1953 „The Monarchy in English History“

	1954 „The Preservation of Outstanding Qualities in an Equal Society“
	1955 „The Elements of Western European Civilization“
	1956 „Historical Relations between England and the Continent“
	1957 „The Historical Relations between England, Africa and Asia“
	1959 „The English Tradition in Society and Politics“
Dr. Ludwig <b>Borinski</b> , Professor	1954 „Die tragische Periode in der englischen Literatur“
Marguerite J. <b>Bowie</b>	1950 „Die Menschenrechte“
	1952 „The Conscience of Mankind“
Alexander <b>Brady</b> , Professor	1952 „Canada and the USA“
Alan <b>Bullock</b>	1952 „English Political Scene Today“
Duncan <b>Burns</b>	1951 „Die heutige Wirtschaftslage in England“
E. H. <b>Carr</b> , Professor	1952 „The Changed Shape of the World“
J. P. <b>Carruthers</b>	1954 „The Position of the Trade Union in the Modern State“
E. J. <b>Cohn</b> , Professor	1958 „Die Gründe der Popularität des englischen Rechtes“
Dr. J. D. <b>Conant</b> , Professor	1956 „Der angelsächsische Begriff der Freiheit“
R. H. S. <b>Crossman</b> , M.P.	1957 „Full Employment and Inflation. Problems of Home Policy as seen by the Labour Party“
A. C. L. <b>Day</b>	1954 „Changes in the British Economic Scene 1951—1953“
William F. <b>Deedes</b> , M.P.	1957 „The Social Consequences of England's Second Industrial Revolution“
The Rev. Dr. V. A. <b>Demant</b>	1951 „Social Problems of Industrial Civilization“
H. C. <b>Dent</b>	1952 „Present Trends in English Education“
Dr. Lotte <b>Dixon</b>	1953 „Women in Britain since the War“
Anne <b>Dreydel</b>	1949 „The Modern English Novel“
John <b>Edwards</b> , M.P.	1955 „Great Britain and the German Problem“
Walter <b>Erben</b>	1949 „Henry Moore“
	1952 „Begegnungen mit englischen Malern und Bildhauern“
R. Ch. <b>Fitzgerald</b> , Professor	1957 „The Legal Profession in England and Wales“
Richard <b>Fort</b> , M.P.	1955 „Recent Development in British Home Policy“
Lindley <b>Fraser</b>	1953 „Quellen der Mißverständnisse zwischen Engländern und Deutschen“
	1956 „Englisch-Deutsche Handelskonkurrenz und Gemeinsamer Markt“
John <b>Freeman</b>	1951 „Die Bedeutung der Presse für die deutsch-englischen Beziehungen“
Dr. Ruth C. <b>Freeman</b>	1952 „Großbritannien als Wohlfahrtsstaat“
J. S. <b>Fulton</b>	1956 „Responsibility in Politics“
The Rt. Hon. Hugh <b>Gaitskell</b> , M.P.	1953 „British Economic Recovery“
	1956 „Foreign Policy“
	1957 „The United Nations and World Politics“
	1958 „World Policy“
	1959 „Current Problems of Foreign Policy“
Norman H. <b>Gibbs</b> , Professor	1956 „Civilian-military Relationships in the British System of Government“
	1957 „Der Atlantikpakt und die Rolle Deutschlands als Verbündeter“
Richard <b>Goold-Adams</b>	1959 „Britain and Germany“
	1959 „Britain's Problem in the Nuclear Age“
D. J. <b>Gordon</b>	1951 } „The Role of Tradition in British Parliamentary Life“
	1952 }
G. S. <b>Graham</b>	1953 „The Coronation and the Commonwealth“
Joseph <b>Grimond</b> , M.P.	1954 „Liberal Idea in Great Britain“
Max <b>Grünhut</b> , Professor	1949 „Jugendkriminalität“
Dr. Eugen <b>Gürster</b>	1956 „Aufgaben und Probleme des deutsch-englischen Kultur-austausches“
	1958 „Deutsch-englische Kulturbeziehungen in Vergangenheit und Zukunft“
R. M. <b>Hare</b>	1955 „Morals and Politics“
Agnes <b>Headlam Morley</b> , Professor	1952 „Aspects of British Foreign Policy“
Denis <b>Healey</b> , M.P.	1955 „British View of Germany's Role in Europe“
Paul <b>Helbeck</b>	1953 „Rechte, Sitten und Gebräuche des britischen Parlaments“
Eric <b>Hope</b>	1957 Klavierkonzert
Sir Frederick <b>Hoyer Millar</b>	1955 „Some aspects of British Foreign Policy“

Vice-Admiral John <b>Hughes-Hallett</b>	1957 „The Political Implications of Current British Defence Policy“
John <b>Hynd</b> , M.P.	1958 „Die Araber, Israel und das Öl“
W. H. <b>Ingrams</b>	1957 „Self-Government in Africa, especially Ghana“
Roy <b>Jenkins</b> , M.P.	1959 „Middle East Problems“
The Rt. Hon. Aubrey <b>Jones</b> , M.P.	1958 „Western European Cooperation in the Field of Research and Development“
Nicholas <b>Kaldor</b> , Professor	1953 „Internationale Wirtschaftsprobleme“
Anthony <b>Kershaw</b> , M.P.	1958 „The Relationship between the United States and Western Europe“
Peter <b>Kirk</b> , M.P.	1958 „European Security and recent technical Developments“
Dr. H. <b>Koeppler</b>	1954 „Das Vorfeld der Politik“
	1959 „Interessengruppen im modernen Staat“
Dr. J. W. <b>Lasky</b>	1956 „Gesetz und Rechtspflege in England und Deutschland“
B. H. <b>Liddell Hart</b>	1957 „Recent Strategic Developments“
The Hon. T. M. <b>Lindsay</b>	1949 „England und die Europapolitik“
Gilbert <b>Longden</b> , M.P.	1954 „Wohin steuert die englische Politik?“
St. H. <b>Longrigg</b>	1957 „Oil in the Middle East“
Patrick <b>Lort-Phillips</b>	1959 „Modern Liberalism in Great Britain“
Clive <b>Lythgoe</b>	1954 Klavierkonzert
Donald <b>McLachlan</b>	1953 „British Ideas on a Settlement with Russia“
T. H. <b>Marshall</b> , Professor	1949 „Democratic Citizenship“
Kingsley <b>Martin</b>	1951 „The Socialist Experiment in Britain“
	1959 „The Cold War comes to Asia“
Noel <b>Mewton Wood</b>	1949 Klavierkonzert
	1950 Klavierkonzert
George <b>Mikes</b>	1954 „From a Writer's Notebook“
Stephen <b>Minns</b>	1954 „Britain as a Holiday Centre“
W. G. <b>Moore</b>	1954 „Religion in English Life“
Denis <b>Morris</b>	1951 „Talk on the BBC“
The Rt. Hon. Herbert <b>Morrison</b> , M.P.	1955 „Government and Opposition in Parliamentary Democracy“
Georg <b>Muche</b> , Professor	1949 „Das Bauhaus in Deutschland und im Ausland“
Dr. Paul <b>Müller</b>	1949 „Edinburgher Festspiele 1949“
Frederick W. <b>Mulley</b> , M.P.	1958 „Labour's Plans for British Industry“
Dr. Alex <b>Natan</b>	1953 „London ist nicht England“
	1954 „Aus Tagebüchern deutscher Englandreisender zwischen 1400 und 1800“
	1955 „London ist nicht England“
Herbert G. <b>Nicholas</b>	1953 „Theory and Practice of Elections in Great Britain and the USA“
The Hon. Sir Harold <b>Nicolson</b>	1952 „Die englische konstitutionelle Monarchie von heute“
	1955 „European Statesmen I have met“
Nigel <b>Nicolson</b> , M.P.	1957 „Foreign Policy“
	1958 „America and Europe“
The Rt. Hon. Philip <b>Noel-Baker</b> , M.P.	1955 „Wiederbewaffnung und Weltabrüstung“
Lord <b>Pakenham</b>	1954 „Anglo-German Relations in the World Today“
	1956 „Anglo-German Relations — old and new“
I. J. <b>Pitman</b> , M.P.	1956 „World Government“
G. R. <b>Potter</b> , Professor	1957 „Essential Principles in British Foreign Policy“
C. N. P. <b>Powell</b>	1957 „Portrait Painting in England from Holbein to Lawrence“
Enoch <b>Powell</b> , M.P.	1958 „Current Problems of the British Welfare State“
Alan <b>Pryce-Jones</b>	1952 „What is needed in Literature Today?“
The Rt. Hon. Alfred <b>Robens</b> , M.P.	1955 „Economic Problems of Europe“
	1957 „Is a European Settlement possible?“
Cecil H. de <b>Sausmarez</b>	1958 „Shakespeare's letzte Botschaft“
Dr. A. H. <b>van Scherpenberg</b>	1953 „Der deutsche Handel mit dem Sterling-Gebiet“
	1956 „Deutsch-englische Wirtschaftsbeziehungen“
Dr. Henry <b>Seligman</b>	1958 „Die friedliche Anwendung der Atomenergie in Großbritannien“
Richard <b>Sharples</b> , M.P.	1957 „The Influence of Economy on Policy“
Sir John <b>Slessor</b>	1956 „Germany in the Defence of the West“

Stephen Spender	1955 „D. H. Lawrence and George Orwell“
Mrs. E. Stirling	1956 „Post-War British Dramatists“ 1957 „Some love letters and the people who wrote them“
Peter F. D. Tennant	1955 „Anglo-German Competition in Trade“ 1958 „Die Probleme der Freihandelszone“
Arnold J. Toynbee, Professor	1955 „Why Study History?“
The Hon. A. Wedgwood Benn, M.P.	1957 „Britain's Social Legislation and Social Policy“
H. J. Walker	1949 „The General Election in Great Britain“ 1953 „The British Monarchy“ 1954 „The Conquest of Mount Everest“ 1957 „George Bernard Shaw“
Dame Irene Ward, M.P.	1956 „Life in the House of Commons“
The Hon. A. Wedgwood Benn, M.P.	1957 „The Challenge of Anti-Colonialism“
Veronica Weir	1956 „Entfaltung und Persönlichkeiten der britischen Presse“
Chester Wilmot	1953 „The Struggle for Europe“
Ian Winterbottom	1957 „The Role of Great Britain in the next Decade“
Sidney H. Wood	1953 „Values in Education“
The Rt. Hon. Arthur Woodburn, M.P.	1958 „European Security and recent Technical Developments“
The Hon. C. M. Woodhouse	1956 „The Middle East since the Second World War“
T. C. Worsley	1955 „The English Theatre“
The Rt. Hon. Kenneth Younger, M.P.	1954 „Great Britain and World Policy“

Hauptgeschäftsstelle: DÜSSELDORF

Lilo Milchsack, Düsseldorf-Wittlaer, Telefon 40 13 87

Bankkonto: Poensgen, Marx & Co., Düsseldorf, Postscheckkonto: Köln 195 04

Arbeitskreise:

*Berlin*  
Landesgruppe BERLIN

Vorsitz: Professor Dr. Hans Reif

Geschäftsführung: Doris Krug, *Franz* Berlin W 15, Fasanenstr. 67, Tel. 913317 *Secretary*

*Hotel Berlin*  
Arbeitskreis BIELEFELD

Vorsitz: Joachim Fischer

Geschäftsführung: Johannes Schwabe, Bielefeld, Wilh.-Raabe-Str. 53, Tel. 63001 *Hon Sec*

*Hotel Bielefelder Hof*  
Arbeitskreis BONN

Vorsitz: Dr. W. Wolfgang Schütz

Geschäftsführung: Dr. Barbara Schütz, Bonn, Schüllerweg 18, Tel. 21033

*Dr. Schütz Sec*  
Arbeitskreis ESSEN

Vorsitz: Will Könemann

Geschäftsführung: Else König, Essen, Schulte-Pelkum-Str. 7, Tel. 39849 *Hon. Sec.*

*Hotel Handelshof*  
Landesgruppe HAMBURG

Vorsitz: Dr. Harald Mandt

Geschäftsführung: Dr. Hans Bütow, Hamburg 1, Rathaus, Tel. 361121

Arbeitskreis MÜNSTER

Vorsitz und Geschäftsführung: Professor Dr. Edgar Mertner,

Engl. Seminar der Universität, Münster, Tel. 40739

Landesgruppe NIEDERSACHSEN, Sitz Hannover

Vorsitz und Geschäftsführung: Dr. Günther Rönnebeck,

Hannover, Am Schiffgraben 7-9, Tel. 86621

*Central Hotel*  
Landesgruppe RHEIN-MAIN, Sitz Frankfurt/M.

Vorsitz: Hans-Detlof von Winterfeldt

Geschäftsstelle: Frankfurt/M., *Dantestr. 1* Junghofstr. 5-11, Tel. 20231 (Ilse Fischer)

*Hotel Haus Maria (Tel. 77 43 51)*  
Arbeitskreis RHEIN-NECKAR (Heidelberg, Mannheim, Ludwigshafen)

Vorsitz: Dr. Heinz Walz, Prof. Dr. Konrad Duden, Dr. Jürgen Hahn

Geschäftsstelle: Mannheim, Industrie- und Handelskammer, Tel. 24871 (Dr. Margot Cornely)

*Hotel: Europäischer Hof (Tel: ~~77 43 51~~ 2 72 31)*  
Landesgruppe SCHLESWIG-HOLSTEIN, Sitz Kiel

Vorsitz: Dr. Ernst Hessenauer

Geschäftsführung: *Frau Lindenmeier* Helga Weissner, Kiel, Dänische Str. 40, Tel. 47191 *Secretary*

*Conch-Hansa Hotel*  
Arbeitskreis SÜDWEST, Sitz Stuttgart

Vorsitz: Dr. Otto Kurz

Geschäftsstelle: Stuttgart N, Königstr. 34, Tel. 99321 (Beryl G. Wolf).